

NACHRICHTEN

Ja-Komitee startet Kampagne

TANKSTELLENSHOPS sda. Die bürgerlichen Parteien sehen die geplante Lockerung des Arbeitsgesetzes für Tankstellenshops nicht als ersten Schritt zu längeren Öffnungszeiten. Es gehe lediglich darum, absurde Regeln abzuschaffen, sagten die Vertreter des Ja-Komitees. Die Änderung der Regeln über die Nacht- und Sonntagsarbeit im Arbeitsgesetz würde Tankstellenshops erlauben, künftig rund um die Uhr sämtliche Produkte aus ihrem Sortiment zu verkaufen. Das Ja-Komitee steigt mit dem Slogan «Bratwürste legalisieren» in den Abstimmungskampf. Das Stimmvolk entscheidet am 22. September über die Änderung des Arbeitsgesetzes.

Ausschreibung für Asylzentren

BUND sda. Das Bundesamt für Migration (BFM) schreibt den Betrieb der sieben Asylempfangszentren des Bundes wie angekündigt aus. Die Anbieter haben fünfzig Tage Zeit, um zu offerieren. Die Zuschläge erfolgen vorerst für zwei Jahre. Die Ausschreibung der Betreuungs- sowie der Sicherheitsdienstleistungen findet gleichzeitig statt. Zwischen den Aufträgen bestünden Berührungspunkte, deshalb sei es wichtig, dass die Bereiche aufeinander abgestimmt seien. Die Eingabefrist läuft bis zum 19. August, entschieden wird im Herbst.

Kanton Bern will rigoros sparen

FINANZEN sda. Die Berner Kantonsregierung will in den kommenden Jahren die Kantonsrechnung um 231 bis 491 Millionen Franken pro Jahr entlasten und so Defizite verhindern. Sie geht davon aus, dass die Massnahmen mittelfristig über 600 Stellen kosten. Die gestern von der Regierung veröffentlichten Massnahmen richten sich nach der Vorgabe aus, dass künftig der Kanton Bern im Vergleich zum Durchschnitt der Schweizer Kantone nur noch 92 Prozent der Leistungen erbringen will. Am meisten von den Sparmassnahmen betroffen sind die Bereiche Bildung, Behindertenbetreuung, Kantonspolizei, Psychiatrie, Steuerverwaltung und Strassenunterhalt. Die Ankündigung löste sofort viele und heftige Reaktionen aus. Viele Berufsverbände bezeichneten sie als «inakzeptabel».

«Revolution» mit Schwachstellen

SCHULE Mit dem Lehrplan 21 soll der Unterricht in der Deutschschweiz einheitlich werden. Im Bereich Informatik konnte man sich nicht einigen.

MARINA WINDER
schweiz@luzernerzeitung.ch

«Ab sofort ist der Lehrplan 21 kein Geheimpapier mehr», sagte die Zürcher Bildungsdirektorin Regine Aepli gestern vor den Medien in Luzern. «Bis jetzt konnten Sie in die Küche schauen, nun gewähren wir Ihnen Einblick in die Kochtöpfe», nahm Christian Amsler, Präsident der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK), den Faden auf. Der Lehrplan 21 ist der erste gemeinsame Lehrplan für die 21 deutsch- und mehrsprachigen Kantone der Schweiz – und insofern ein revolutionäres Projekt. Beat W. Zemp, Präsident des Lehrerverbandes, sprach bei der Veröffentlichung des Papiers deshalb von einem «historischen Moment». In seiner Euphorie verglich er den Akt sogar mit der Einführung der Schulpflicht im Jahr 1874. Der Aargauer Regierungsrat Alex Hürzeler nannte es sogar eine «Revolution».

Volk und Stände haben im Jahr 2006 einen Artikel in der Verfassung verankert, der die Kantone zur Harmonisierung ihrer Bildungssysteme verpflichtet. Der gemeinsame Lehrplan legt die Ziele für alle Stufen der Volksschule fest und ist ein Planungsinstrument für Lehrer, Schulen und Behörden.

Klare Handlungsanweisungen

Neu orientiert sich der Bildungsauftrag an Kompetenzen. Der Lehrplan 21 führt nicht mehr den Stoff auf, den Lehrer mit ihren Schülern behandeln müssen, sondern beschreibt im Detail, was Kinder auf welcher Stufe wissen und können müssen. Zudem sind die Lernziele gemäss Erziehungsdirektoren so beschrieben, dass sie überprüfbar sind. Regine Aepli machte dazu ein Beispiel: «Früher hätte es im Lehrplan geheissen, dass der Fahrplan zu behandeln ist. Jetzt heisst es, der Fahrplan ist so zu behandeln, dass die Schüler selbstständig eine Route festlegen können. Wenn sie am richtigen Ort ansteigen, haben sie das Lernziel erfüllt.» Der neue Lehrplan legt dabei Mindestansprüche fest und formuliert weiterführende Kompetenzstufen – für jedes Fach auf mehreren Seiten. Dies ist schon vor der Veröffentlichung als Überreglementierung kritisiert worden.

Der Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Schweiz (VSLCH) warnte davor in einem Communiqué, dass die Änderungen zu vermehrtem Leistungsdruck auf die Kinder führen könnten und der Lehrplan 21 scheitere, falls langfristig



Alle Deutschschweizer Schüler sollen in Zukunft nach dem gleichen Lehrplan unterrichtet werden.

Keystone/Gaetan Bally

nicht genügend Ressourcen gesprochen würden.

Bei den Fremdsprachen hält sich der Lehrplan an das weit verbreitete Muster: Englisch oder Französisch ab der dritten Klasse, die zweite Fremdsprache ab der fünften Klasse. In der neunten Klasse kommt Italienisch hinzu. Ab der Oberstufe wird mit dem Fachbereich Wirtschaft, Arbeit und Haushalt ein neuer Schwerpunkt gesetzt. Die im Vorfeld heftig umstrittene Sexualkunde ist ab der Unterstufe Teil des Fachs Natur, Menschen und Gesundheit. Vom Sexkoffer ist im Lehrplan 21 hingegen keine Rede. Auch gibt es kein Fach «Porno», wie es die Jungsozialisten gefordert hatten. Und auch auf ein Fach «Glück», wie es an einer deutschen Schule praktiziert wird, haben die Bildungsdirektoren verzichtet. Neu sind im neuen Lehrplan «überfach-

liche Kompetenzen» und «fächerübergreifende Themen» aufgeführt. Zu Letzteren gehört der Themenkomplex Informatik und Medien. Weil sich die Bildungsdirektoren nicht einigen konnten, haben sie ihn vorerst aus dem Programm genommen. Sie setzen nun eine Fachgruppe ein, die prüft, wie viel Informatik auf der Unterstufe Sinn ergibt.

Grosse Differenzen bei Stundentafel

Der Lehrplan 21 enthält einen Vorschlag zur Verteilung der Unterrichtszeit, aber keine konkrete Stundentafel. Die Unterschiede zwischen den Kantonen seien noch zu gross, um hier eine Übereinstimmung erzwingen zu können. «Die Anpassung der Lektionen hat Auswirkungen auf die Stellenprozentage. Die Annäherung muss deshalb ein schrittweiser Prozess sein», sagte Regine Aepli.

So geht es weiter

LEHRPLAN 21 win. Der Lehrplan 21 geht bis Ende Jahr in die Vernehmlassung. Hauptadressaten sind die Kantone sowie Organisationen mit direktem Bezug zur Volksschule. Anschliessend werden die Eingaben ausgewertet und der Lehrplan wird noch einmal überarbeitet. In einem Jahr wollen ihn die Erziehungsdirektoren zur Einführung in den Kantonen freigeben. Beat W. Zemp, Präsident des Lehrerverbandes, rechnet mit weiteren drei bis vier Jahren, bis der erste Kanton den Lehrplan 21 umgesetzt hat.

«Schüler müssen aktiv werden»

REAKTIONEN eru. Bei den meisten Parteien kommt der Lehrplan 21 gut an. «Er verfolgt hehre Ziele, die nötigen Mittel sind aber noch nicht vorhanden», sagt SP-Nationalrat **Matthias Aebischer** (Bern). Gerade Fremdsprachen müssten vermehrt in Halbklassen vermittelt werden. Es brauche zudem mehr Geld für die Weiterbildung der Lehrer. Positiv sei, dass mehr auf Kompetenzen fokussiert wird: «Schüler müssen selbst aktiv werden, statt nur Fakten zu büffeln.»

Bessere Vergleichbarkeit

CVP-Nationalrat **Gerhard Pfister** (Zug) spricht von einem guten Konsens. «Es geht nicht um einen grossen Wechsel, sondern um punktuelle Verbesserungen.» Seine Partei werde sich noch intensiv mit den Details auseinandersetzen. Eine Reduktion der Mathe-Stunden etwa komme nicht in Frage. Dass die Kantone weiterhin einen Spielraum haben, sei richtig. Gemeinsame Standards seien für die Wirtschaft jedoch entscheidend. FDP-Nationalrat **Peter Schilliger** (Luzern) teilt diese Meinung. Die Noten unterschiedlicher Kantone müssten besser vergleichbar sein. «Entscheidend ist nicht, was ein Schüler gemacht hat, sondern was er kann.»

Kritik kommt von der SVP, die sich am Fremdsprachen-Unterricht in der Primarschule stört. Dieser habe kaum positive Resultate zu verzeichnen, schreibt sie in einem Communiqué. Störend sei zudem, dass auf Kompetenzen fokussiert wird. Die Schüler befänden sich zunehmend auf einem individuellen Lernweg. Die Vorbereitung aufs Berufsleben werde vernachlässigt.

Kostenschätzungen klaffen um Milliarden auseinander

ENERGIEWENDE Über die zukünftigen Energiekosten streiten sich die Experten. Sie gehen dabei von völlig anderen Annahmen aus.

Spricht man hierzulande von der Energiewende, denkt man meist zuerst an den Atomausstieg. Dabei geht schnell vergessen, dass Strom nur einen Viertel des Energieverbrauchs ausmacht. Von diesem Viertel wiederum sind rund 40 Prozent Atomstrom. Den weitaus grössten Anteil am Energieverbrauch haben aber die fossilen Brennstoffe Erdöl (54 Prozent) und Gas (13 Prozent). Erdöl – das vor allem zum Heizen und Autofahren gebraucht wird – macht also mehr als die Hälfte des Schweizer Energiemixes aus. «Wir sind regelrecht abhängig von Erdöl», eröffnete Daniel Ganser vom Swiss Institute for Peace and Energy Research (Siper) denn auch sein gestriges Referat an der Energietagung der Schweizerischen Energiestiftung (SES) in Zürich.

Diese Abhängigkeit sei mit entsprechenden Kosten verbunden. So gebe die Schweiz zurzeit jährlich 18 Milliarden Franken für den Erdölkonsum aus. Im

Jahr 1990 waren es mit 9 Milliarden noch die Hälfte. Grund dafür ist vor allem der Ölpreis, der in den letzten 20 Jahren von 10 Dollar pro Fass auf über 100 Dollar angestiegen ist – ein Preis, der lange als utopisch galt. Selbst die aktuelle Wirtschaftskrise konnte dem Ölpreis – im Gegensatz zu vergangenen Krisen – nichts anhaben. Für Ganser ist klar, dass auch in Zukunft mit hohen Ölpreisen zu rechnen ist. Denn für das konventionelle Öl sei «Peak Oil» – also der Höhepunkt der Erdölförderung – seit 2006 überschritten. Zwar gebe es neue Arten der Förderung, zum Beispiel auf hoher See oder aus Ölsand in Kanada, die Förderung sei dort aber entsprechend teurer.

«Vorräte gehen zur Neige»

Einen regelrechten Boom erlebt zurzeit auch das so genannte Fracking, das sich in den USA seit 2005 stark ausgebreitet hat. Dabei werden Erdöl und Erdgas gefördert, indem rund 3 Kilometer unter dem Erdboden Risse in ansonsten dichtes Gestein gesprengt werden. Danach werden Sand, Wasser und Chemikalien in den Boden gepresst, um unkonventionelles Erdöl und Erdgas herauszulösen. Die Internationale Energieagentur (IEA) erwartet, dass die USA deswegen in Bälde Saudi-Arabien als grössten Erdölproduzenten ablösen könnten. Ganser ist

dagegen skeptisch. «Wenn man etwas herauspressen und herauspressen muss, das früher einfach so rausgesprudelt ist, dann gehen die Vorräte eindeutig zur Neige», führte er aus. Ganz zu schweigen von den Umweltschädigungen durch Fracking wie etwa die Verschmutzung von Trinkwasser. Für die Ausrichtung der Schweizer Energiepolitik spielen die Ölpreise eine massgebliche Rolle. Gemäss Energiestrategie 2050 des Bundesrates soll der Energieverbrauch hierzulande

«Wenn wir die Energiewende wollen, braucht es Lenkungsabgaben, sonst können wir das Projekt begraben.»

ANDRÉ MÜLLER,
BÜRO ECOPLAN

um 40 Prozent sinken, der CO₂-Ausstoss verringert und keine neuen AKW gebaut werden. Umstritten sind die Kosten dieser Strategie. Der Bund rechnet in seinen Schätzungen bis 2050 mit Mehrkosten von 52 Milliarden Franken gegenüber

dem Szenario «Weiter wie bisher», das entspricht 1,5 Milliarden pro Jahr. Eine jüngst präsentierte Studie der Schweizer Energiestiftung (SES) kommt zu einem anderen Schluss. Die Studie rechnet mit höheren Ölpreisen. Als dieser seine Berechnungen machte, betrug der Ölpreis noch 60 Dollar pro Fass und nicht wie aktuell um die 100 Dollar. Die SES-Studie rechnet dagegen mit einem Anstieg auf 140 Dollar bis 2030. Unter dieser Annahme fallen für die Energiewende bis 2050 «nur» noch 13 Milliarden Franken Mehrkosten an, also 360 Millionen pro Jahr. Oder 41 Franken pro Einwohner und Jahr. Ein zweites Szenario, welches auf Schätzungen amerikanischer Behörden beruht, rechnet gar mit einem Ölpreis von 210 Dollar pro Fass bis ins Jahr 2050. In diesem Fall würde die Energiewende gar 3,3 Milliarden Franken günstiger als das Szenario «Weiter wie bisher».

0,1 Prozent weniger Wachstum

Sowohl die Kosten wie auch die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Energiewende sind umstritten. Die meisten Studien rechnen mit einer jährlichen Einbusse des Wirtschaftswachstums zwischen 0 und 1 Prozent. André Müller, dessen Büro EcoPlan im Auftrag des Bundes die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Energiewende berechnet

hat, wagte eine Prognose. Gemäss seinen Berechnungen wird das BIP um jährlich maximal 0,1 Prozent weniger wachsen. Dies sogar unter der Annahme, dass eine hohe CO₂-Abgabe von 1140 Franken pro Tonne erhoben (zum Vergleich: heute sind es 36 Franken) und der Strom mit einer Abgabe von 40 Prozent belastet wird. Die Abgabe würde zwischen 2020 und 2050 stufenweise auf diesen Wert angehoben. Die Einnahmen dieser Lenkungsabgabe sollen nicht in der Staatskasse verschwinden, sondern an die Bevölkerung zurückverteilt werden. Das heisst, dass Haushalte und Firmen, die unterdurchschnittlich viel Energie verbrauchen, sogar besser dastehen als ohne Lenkungsabgabe.

In der Gesamtrechnung seien die Auswirkungen der Energiewende «moderat und vertretbar», bilanzierte Müller. Dennoch müsse man sich im Klaren sein, dass es Verlierer geben werde, besonders in energieintensiven Branchen. Deshalb plädiert er dafür, Grossverbraucher von der Abgabe auszunehmen. Grundsätzlich Kritikern einer Lenkungsabgabe hält Müller entgegen: «Wenn wir die Energiewende wollen, braucht es diese Lenkungsabgabe, ansonsten können wir das Projekt gleich begraben.»

JAN FLÜCKIGER
jan.flueckiger@luzernerzeitung.ch